

Herwig Birg

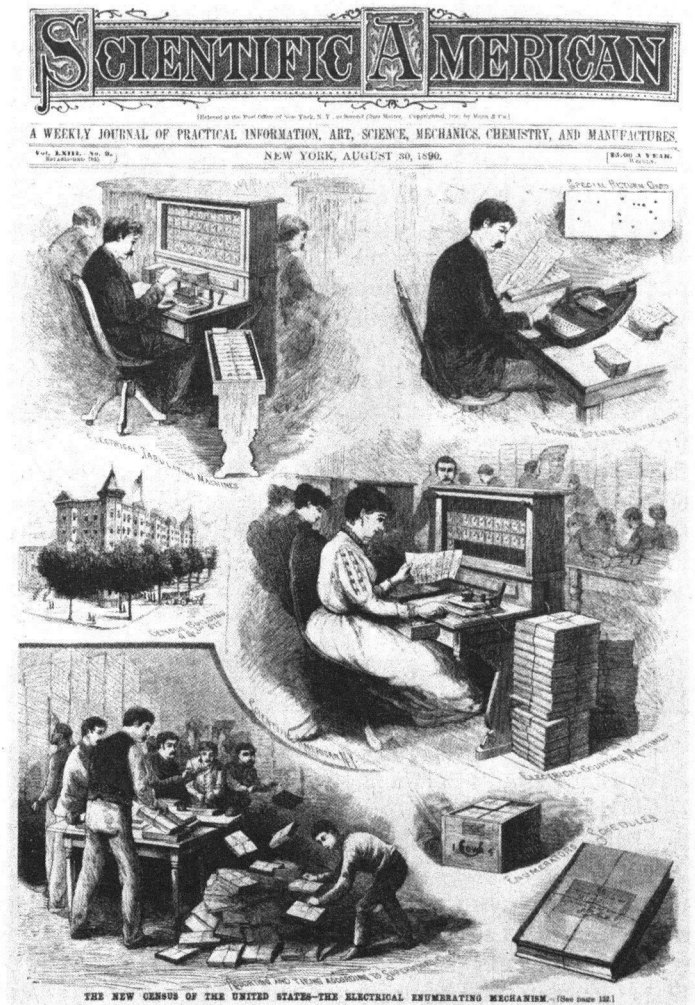
Geschichte der Bevölkerungswissenschaft

Die Bevölkerungswissenschaft nahm ihren Aufschwung im 18. Jahrhundert mit Kontroversen um die Tragfähigkeit der Erde. Seit dem 19. Jahrhundert dominierten biologische und ökonomische Leitideen, seit Mitte des 20. Jahrhunderts empirisch-statistische, verbunden mit historisch-soziologischen Grundlagen.

Die Bevölkerungswissenschaft besteht aus vier großen Fachgebieten, aus der Theorie der Fertilität, der Mortalität und der Migration sowie aus Theorien, die die Struktur des Bevölkerungsbestandes zum Gegenstand haben. Die moderne Bevölkerungswissenschaft ist von der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen mehreren Fachdisziplinen geprägt. Aus der Zusammenarbeit entstehen Teildisziplinen wie etwa Bevölkerungsökonomie, Bevölkerungssoziologie, Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsmathematik, Bevölkerungsgeografie, historische Demografie, medizinische Demografie und Bevölkerungsökologie.

Die Anfänge der Bevölkerungswissenschaft reichen wie die vieler anderer Wissenschaften bis in die griechische und römische Antike zurück. Auch die modern anmutenden Diskussionen um den Bevölkerungsrückgang durch die niedrige Fertilität einschließlich ihrer Interpretation als egoistisches Verhalten der jungen Generationen sind nicht erst in unserer Zeit aufgetreten, wie das folgende Zitat des griechischen Historikers Polybios aus dem 2. Jahrhundert vor Christus zeigt:

„In der Zeit, in der wir leben, ist in ganz Griechenland die Zahl der Kinder, überhaupt der Bevölkerung in einem Maße zurückgegangen, dass die Städte verödet sind und das Land brachliegt, obwohl wir weder unter Kriegen von längerer Dauer noch unter Seuchen zu leiden hatten [...] weil die Menschen der Großmannssucht, der Habgier und dem Leichtsin verfal-



Das Titelblatt des Scientific American zeigt die erste Anwendung des von Herman Hollerith entwickelten Verfahrens zur Massendatenverarbeitung durch Lochkarten bei der Volkszählung 1890 in den USA.

len sind, weder mehr heiraten noch, wenn sie es tun, die Kinder, die ihnen geboren werden, großziehen wollen, sondern meist nur eins oder zwei, damit sie im Luxus aufwachsen und ungeteilt den Reichtum ihrer Eltern erben, nur deshalb hat das Übel schnell und unvermerkt um sich gegriffen. Wenn nur ein oder zwei Kinder da sind und von diesen das eine der Krieg, das andere eine Krankheit hinwegrafft, bleibt natürlich Haus und Hof verwaist zurück, und die Städte, ebenso wie ein Bienenschwarm, werden allmählich arm und ohnmächtig.“ (zitiert nach Bernhard Felderer, Wirtschaftliche Entwicklung bei schrumpfender Bevölkerung, Berlin u. a. 1983, S. 128).

Die Entwicklung des bevölkerungswissenschaftlichen Denkens lässt sich stark verkürzt und vereinfacht in folgende Etappen gliedern:

In der griechischen Antike beginnt die Auseinandersetzung mit bevölkerungswissenschaftlichen Fragen durch den Philosophen Platon in „Der Staat“ und „Die Gesetze“. Von ihm stammen modern und aktuell anmutende Schilderungen des Umweltproblems, der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum, Entwaldung, Überweidung, Bodenerosion und anderen ökologischen Problemen. Auch die Idee der Menschengzüchtung durch eine gezielte staatliche Beeinflussung der Gattenwahl bei der Eheschließung und durch eine Art behördliche Regulierung der Zeugung und Kinderaufzucht sind schon in der griechischen Klassik und nicht erst im

Rassismus des 19. und 20. Jahrhunderts ein Thema: „Es müssen [...] die besten Männer so häufig wie möglich den besten Frauen beiwohnen [...] und die Kinder der ersteren müssen aufgezogen werden, die anderen nicht [...]“ (Platon, Der Staat, Sämtliche Dialoge, Bd. V, übersetzt von Otto Apelt, Hamburg 1988, S. 192).

Kontroverse um die Tragfähigkeit der Erde

In der Neuzeit begann die wissenschaftliche Beschäftigung mit Bevölkerungsfragen im 17. Jahrhundert in England mit Untersuchungen zu den Ursachen der Sterblichkeit und mit ersten Berechnungen der menschlichen Lebenserwartung, die damals infolge von Seuchen wie der Pest bei 30 bis 35 Jahren lag. Auf der Grundlage der „Totenlisten“ Londons (*Bills of Mortality*, 1662) führten John Graunt und William Petty Berechnungen zur Mortalität und die ersten Nutzen-Kosten-Analysen der Bevölkerungsentwicklung durch.

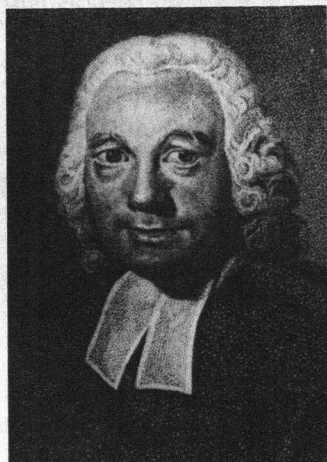
Johann Peter Süßmilch (1707-1767), Propst der Lutherisch-Brandenburgischen Kirche in Berlin und einer der wichtigsten Klassiker der Demografie, veröffentlichte 1741 „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, Tod und Fortpflanzung desselben erwiesen“, das erste systematische Werk der Bevölkerungswissenschaft. Sein Ziel war jedoch nicht die Entwicklung der Demografie als Wissenschaft, sondern die Existenz Gottes mit den empirischen Daten der Bevölkerungsstatistik, die er aus den Kirchenbüchern Preußens gewann (Eintragungen von Geburten, Taufen, Eheschließungen und Todesfällen), unwiderlegbar zu beweisen. Zusammen mit dem Mathematiker Leonhard Euler führte er Berechnungen der Lebenserwartung durch, die noch bis ins 19. Jahrhundert von Versicherungsgesellschaften bei der Kalkulation von Lebensversicherungsprämien verwendet wurden. Er prägte den heute modern klingenden Begriff der „Tragfähigkeit der Erde“ und kam auf Grund seiner Weltbevölkerungsprognosen zu dem Ergebnis, dass die Erde ein Vielfaches der damals lebenden Menschenzahl „tragen“ im Sinne von ernähren könne, nämlich sieben Milliarden. Dieses Ergebnis erhöhte er nach einer Überprüfung seiner Berechnungen in der zweiten Ausgabe seines Werkes von 1765 auf 14 Milliarden.

Demgegenüber behauptete Thomas Robert Malthus (1766-1834), Mathematiker in Cambridge und später Inhaber des ersten Lehrstuhls für Politische Ökonomie der Welt, dass die Erde bereits mit der im Erscheinungsjahr seines Hauptwerkes (1798) lebenden Weltbevölkerung von knapp einer Milliarde der Tragfähigkeitsgrenze gefährlich nahe sei. So wie Süßmilch mit Mitteln der demografischen Analyse ein weiter gestecktes Ziel erreichen und einen Gottesbeweis führen wollte, so strebte auch Malthus ein über die demografische Analyse hinausweisendes Ziel an: Er wollte mit seinem „Bevölkerungsgesetz“ beweisen, dass gesellschaftliche Reformen unmöglich sind und nicht zu Fortschritten führen, sondern das Elend, das sie beheben sollen, nur vergrößern. Denn jede Verbesserung der ökonomischen Lebensbedingungen ziehe bei den Menschen der Unterschicht (*the lower classes*) einen Anstieg der Geburtenrate und damit eine tendenzielle Überschreitung des Nahrungsspielraums nach sich.

Das „Bevölkerungsgesetz“ beruht auf der grundlegenden Annahme eines gleichsinnigen Zusammenhangs zwischen der Höhe der Geburtenrate und den materiellen Lebensbedingungen der Unterschicht-Bevölkerung, während Süßmilch von einem gegenläufigen Zusammenhang ausging. Aus dieser Behauptung eines gleichsinnigen Zusammenhangs zwischen der Geburtenrate und den materiellen Lebensbedingungen leitete Malthus eine Schlussfolgerung ab, die heute in der „Rettungsboot-Ethik“ zu der anfechtbaren Behauptung führt: „Helfen ist unmoralisch“. Auf Grund seiner „Bevölkerungstheorie“ und der abgeleiteten politischen Ziele setzte er die Abschaffung der Maßnahmen der Armenhilfe durch das Parlament in England durch.

Einfluss von Biologie und Politischer Ökonomie

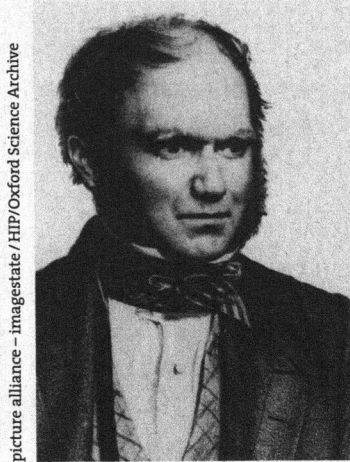
Malthus begründet den gleichsinnigen Zusammenhang zwischen der Höhe der Geburtenrate und den materiellen Lebensbedingungen mit Beispielen aus der Biologie. Diese Argumentationsweise wurde von Charles Darwin (1809-1882) 1859 in seiner Evolutionstheorie aufgegriffen, wobei sich Darwin unmittelbar auf Malthus bezog: Die Tendenz zur Überschreitung des Nahrungsspielraums in der Natur und beim Menschen hat zur Folge,



Johann Peter Süßmilch



Thomas Robert Malthus



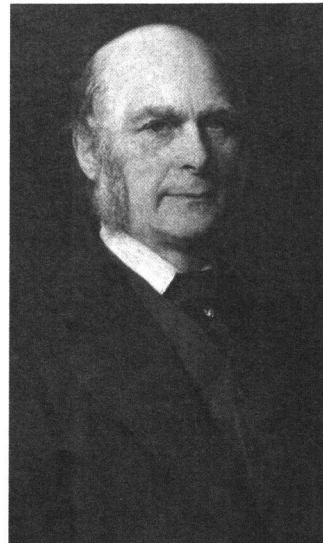
Charles Darwin

dass nicht alle Nachkommen einer Gattung überleben können, wobei sich die Aussonderung durch die Mortalität tendenziell wie eine Auswahl nach dem Kriterium der Überlebensfähigkeit auswirkt. Da die Fortpflanzung ein Überleben voraussetzt, bewirkt der Selektionsprozess über die Generationen hinweg eine Höherentwicklung der Arten bis hin zur Entstehung des Menschen. Darwins Evolutionstheorie und Malthus' „Bevölkerungsgesetz“ schließen nahtlos aneinander, sie beruhen auf den gleichen biologischen Grundannahmen und ergänzen sich.

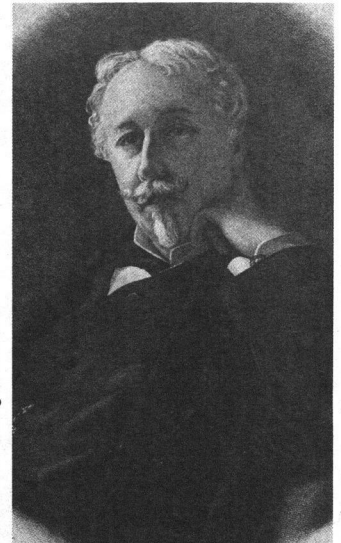
Darüber hinaus gibt es eine weitere folgenreiche Übereinstimmung zwischen dem „Bevölkerungsgesetz“ und der klassischen Schule der politischen Ökonomie in England, zu deren Begründern neben Malthus auch David Ricardo (1772-1823) gehört. Nach dessen klassischer Lohntheorie hängt sowohl die von den Unternehmen nachgefragte Zahl an Arbeitskräften als auch die Geburtenrate bzw. die Bevölkerungszahl von der Höhe des Lohns ab: Die Nachfrage nach Arbeitskräften fällt, das Angebot steigt mit dem Lohn. Der Lohnsatz, der Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringt – der sogenannte natürliche Lohn –, hat eine Höhe, die dem Existenzminimum gerade entspricht, er lässt sich durch sozialpolitische Reformen nicht auf Dauer über das Existenzminimum anheben – so die Theorie. Wird versucht, trotz dieser als gesetzmäßig betrachteten Zusammenhänge den Lohn durch Reformen über das Existenzminimum hinaus anzuheben, steigt die Geburtenrate und das Arbeitsangebot nimmt zu, ohne dass sich die Nachfrage nach Arbeitskräften ebenfalls erhöht. Der Angebotsüberschuss bzw. die Überschussbevölkerung hat keine Existenzmöglichkeiten, sodass die Mortalität ansteigt und die Bevölkerungszahl wieder auf das vorherige Niveau zurückgeführt wird, bei dem der Lohn die Höhe des Existenzminimums hat.

Vom „Bevölkerungsgesetz“ gibt es also sowohl eine Brücke zur biologischen Evolutionstheorie als auch zur Wirtschaftstheorie. Die Gegner der wirtschaftspolitischen Folgerungen aus dem „Bevölkerungsgesetz“ – vor allem Karl Marx und Friedrich Engels – waren stets zugleich die schärfsten Kritiker der malthusianischen Bevölkerungstheorie.

Vor dem Hintergrund der Biologie als einer Leitwissenschaft des naturalistischen 19. Jahrhunderts muss auch die von dem britischen Naturforscher Francis Galton (1822-1911) 1869 begründete „Eugenik“ interpretiert werden – die Lehre von der gezielten Beeinflussung erbbedingter Eigenschaften, um die Fortpflanzung von Menschen mit erwünschten Eigenschaften („positive Eugenik“) zu fördern bzw. diejenige mit unerwünschten Eigenschaften („negative Eugenik“) zu verhindern. Zu diesem Thema gehört auch die von



Francis Galton



Joseph Arthur von Gobineau

Josef Arthur Graf von Gobineau (1816-1882) 1853 in Frankreich veröffentlichte Theorie der „Ungleichheit der Menschenrassen“ und dessen These von der „Überlegenheit der arischen Rasse“.

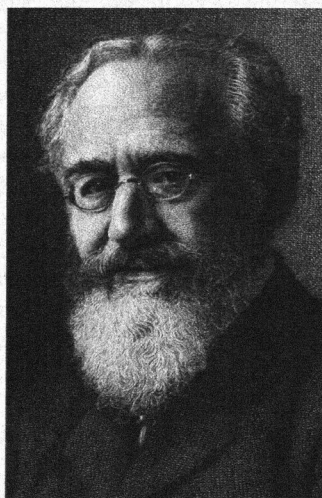
Die Rassentheorien waren im 19. und 20. Jahrhundert in vielen Ländern verbreitet. Heute wissen wir aus der modernen Humanbiologie und Genforschung, dass der Rassismus auf wissenschaftlich nicht haltbaren Annahmen beruht und dass der Begriff der Rasse inhaltslos ist, weil die genetischen Unterschiede zwischen den Menschen, die der gleichen „Rasse“ angehören, größer sind als die Unterschiede zwischen den Menschen verschiedener Rassen (Lucca und Francesca Cavalli-Sforza, „Verschieden und doch gleich“, München 1994).

Lange vor der nationalsozialistischen Machtergreifung verbreiteten sich die Ideen der Rassenbiologie und Eugenik auch in den Sozialwissenschaften: Als gesellschaftlich-soziologisches Parallelprogramm zur Eugenik entstanden die sogenannte Eubiotik, die Sozialbiologie und die Gesellschaftshygiene (unter diesen Stichworten bereits dargestellt im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1923, sowie im Handbuch der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1924). Als die Nationalsozialisten die millionenfache Tötung von Menschen mit der Rassentheorie begründeten, hatte die Wissenschaft diesem Weg ins Verhängnis längst durch zahlreiche Veröffentlichungen biologisch-rassistischer Prägung den Boden bereitet. Daneben existierten jedoch auch andere Forschungsrichtungen mit positiven Theorietraditionen und vielversprechenden Perspektiven, an die nach dem Zweiten Weltkrieg angeknüpft werden konnte.

Die wichtigsten Gegenströmungen gegen die von biologischen Leitideen beherrschte Bevölkerungswissenschaft entwickelten sich schon ab der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Die Gegenbewegung entstand aus der in Deutschland besonders scharfen Kritik des „Bevölkerungsgesetzes“ von Malthus. Dieser hatte behauptet, dass die Bevölkerung in Form einer geometrischen Reihe (entsprechend der Zinseszinsformel), die Nahrungsmittelmenge in Form einer arithmetischen Reihe wächst (entsprechend einer Geraden). Die Aussagen des „Bevölkerungsgesetzes“ hängen entscheidend von der Richtigkeit dieser Grundannahmen ab. Ihre Gültigkeit wurde schon bald nach seinem Erscheinen in Zweifel gezogen. Am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte der deutsche Sozialreformer Franz Oppenheimer folgende Gegenthese formuliert: „Die Bevölkerung hat nicht die Tendenz, über die Unter-



David Ricardo



Lujo Brentano

haltsmittel hinaus zu wachsen, vielmehr haben die Unterhaltsmittel die Tendenz, über die Bevölkerung hinaus zu wachsen [...], haben wir Elend, so ist es nicht ‚naturgesetzlich‘ in der Weise des Malthus aus dem Bevölkerungsgesetz zu erklären, sondern aus anderen Momenten.“ Oppenheimer kommt – ähnlich wie schon Süßmilch 1741 – zu dem Ergebnis, dass die Erde ein Vielfaches der damals lebenden Menschenzahl ernähren könne.

Auch die moderne Fertilitätstheorie, die sich im Rahmen der ökonomischen Theorie des Fortpflanzungsverhaltens entwickelte, hat ihren Ursprung in einer radikalen Kritik des malthusianischen „Bevölkerungsgesetzes“. Der deutsche Nationalökonom Lujo Brentano (1844-1931) erklärte als erster in einer Veröffentlichung aus dem Jahr 1909 die Fortpflanzungsentscheidung als das Ergebnis einer rationalen Nutzen-Kosten-Abwägung mit dem Ziel der Nutzenmaximierung. Diese Theorie wird heute in der modernen Bevölkerungsökonomie immer weiter differenziert. Parallel zur Bevölkerungsökonomie wurde die Theorie Brentanos auch in anderen Zweigen der Sozialwissenschaft auf-

gegriffen und zur „Wohlstandstheorie“ des Geburtenrückgangs weiterentwickelt. Nach dieser Theorie besteht ein gegenläufiger Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und dem Wohlstand einer Gesellschaft. Die Wohlstandstheorie wurde in der Nationalökonomie von Julius Wolf und Paul Karl Mombert, in der Soziologie durch Max Scheler und Werner Sombart aufgegriffen und zu eigenständigen Theorieansätzen weiterentwickelt.

Zu der durch Malthus' Thesen geschürten Furcht vor einer Überbevölkerung der Erde durch eine Überschreitung des Nahrungsspielraums ist heute die Angst vor einer ökologischen Überbevölkerung durch die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen hinzugekommen. Der Malthusianismus hat zwar keine wissenschaftliche Grundlage, trotzdem lebt er in Form von Vorurteilen und bevölkerungspolitischen Doktrinen weiter. Dazu gehört beispielsweise die Überzeugung, dass die Verbreitung empfängnisverhütender Mittel als Strategie zur Dämpfung des Wachstums der Weltbevölkerung wichtiger sei als die Strategie der Armutsbekämpfung und der Ausbildung, vor allem der Frauen.

Moderne Grundlagen und Weiterentwicklungen

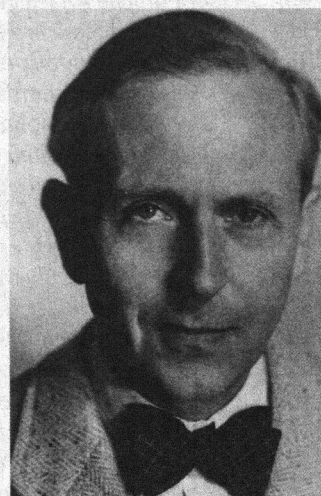
Parallel zu den Auseinandersetzungen über die malthusianische Bevölkerungstheorie entwickelte sich seit dem 19. Jahrhundert mit dem Aufbau der Statistischen Ämter und mit der Verbesserung der demografischen Informationen die empirisch-statistische Demografie zu einer modernen Wissenschaft. Auf ihrer Grundlage entstand im 20. Jahrhundert eine Beschreibungs- und Analyseform, deren Ziel es ist, die historischen Verläufe des Fertilitäts- und Mortalitätsprozesses zu systematisieren und mögliche Ursache-Wirkungszusammenhänge zwischen den Verläufen der Geburten- und der Sterberate aufzudecken. Die entsprechenden Verfahren, die bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreichen, lassen sich nicht einem bestimmten Autor zuordnen. Sie werden heute unter der Bezeichnung „Theorie der demografischen Transformation“ bzw. „Transitionstheorie“ zusammengefasst.

In Deutschland wurde die Transformationstheorie von Gerhard Mackenroth (1903-1955) in einer besonders differenzierten Form ausgearbeitet und mit Elementen der Wohlstandstheorie verbunden. Die Zielrichtung des Werkes von Mackenroth kommt in Titel und Untertitel der 1953 veröffentlichten Untersuchung zum Ausdruck: „Bevölkerungslehre – Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung“. Sie vollzieht den Übergang von der Biologie zur Sozialwissenschaft als Leitwissenschaft der Demografie.

In diesem Werk wird zum letzten Mal der Versuch unternommen, die komplexen wechselseitigen Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Ursachen der Fertilität, Mortalität und Migration zu einer übergreifenden Bevölkerungstheorie zusammenzufassen. Nach Mackenroths Theorie hat jede Gesellschaft eine bestimmte „Wirtschaftsweise“, mit der eine bestimmte „Bevölkerungsweise“ („generative Struktur“) verbunden ist. Mackenroth veröffentlichte seine Theorie 1953, also vor dem Auftreten des „Nachkriegsbabybooms“ und vor dem anschließenden drastischen Geburten- und Fertilitätsrückgang. Obwohl diese Entwicklungen von ihm nicht mehr untersucht werden konnten, leistet die Theorie wichtige Beiträge zur begrifflichen Klärung der neuen Phase der demografischen Entwicklung, die auch als „zweiter demografischer Übergang“ bezeichnet wird.

Die Transformationstheorie beschreibt den Übergang von einem demografischen Gleichgewicht mit hohen Geburten- und Sterberaten zu einem neuen Gleichgewicht mit niedrigen Geburten- und Sterberaten. Dabei besagt der Begriff Gleichgewicht, dass die Geburten- und Sterberaten vor und nach dem Übergang jeweils konstant sind. In der vorindustriellen Gleichgewichtsphase waren in Europa sowohl die Geburtenrate als auch die Sterberate hoch, die Differenz aus beiden, die natürliche Wachstumsrate, entsprechend niedrig (rund ein Prozent).

Beim Übergang vom vorindustriellen zum neuen Gleichgewicht der industriellen Phase ging die Abnahme der Sterberate dem Rückgang der Geburtenrate zeitlich voraus, sodass die Differenz aus beiden – die Wachstumsrate – vorübergehend stieg. Nach dem Abschluss des Übergangs waren sowohl die Geburtenrate als auch die Sterberate niedrig, aber die Wachstumsrate blieb immer noch positiv, wenn auch relativ niedrig, sodass sich das Bevölkerungswachstum verlangsamt fortsetzte. Dass die Geburtenrate inzwischen in den meisten Industrieländern unter die Sterberate gesunken ist und so die Bevölkerung ohne Zuwanderungen ab-



Gerhard Mackenroth

Schmid / Bevölkerung / Univ. Bamberg

nimmt, wurde von der Transformationstheorie nicht vorausgesehen und konnte von ihr deshalb auch nicht erklärt werden.

Diese Lücke versucht die vom Verfasser entwickelte „biografische Theorie der demografischen Reproduktion“ zu schließen. Dabei wird die Entscheidung für oder gegen ein Kind als ein Element des Lebenslaufs im Zusammenhang mit anderen biografisch bedeutsamen langfristigen Festlegungen betrachtet. Die Fertilitätstheorie wird also im Rahmen einer allgemeinen Theorie des Lebenslaufs entwickelt. Die Theorie stützt sich auf folgende Beobachtungen:

Bei Frauen, die Kinder haben, ist die Geburtenzahl pro Frau seit Jahrzehnten ziemlich konstant. Sie beträgt in Deutschland im Durchschnitt rund zwei Kinder pro Frau. Die Abnahme der Zahl der Lebendgeborenen pro Frau – bezogen auf alle Frauen, also einschließlich jener, die kinderlos bleiben – beruht in erster Linie auf dem stark gestiegenen Anteil der kinderlos bleibenden Frauen an allen Frauen eines Jahrgangs. Eine Fertilitätstheorie, die den Rückgang der Geburtenrate erklären will, muss also in erster Linie die stark steigende lebenslange Kinderlosigkeit erklären.

Werden die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau und der Anteil der Kinderlosen sowie die Anteile mit einem, zwei, drei und mehr Kindern für einen bestimmten Frauenjahrgang in einem bestimmten Alter zwischen den verschiedenen Regionen verglichen, dann zeigen sich beträchtliche Unterschiede. Die Wahrscheinlichkeit für die Geburt eines zweiten Kindes ist beispielsweise in Großstädten wie Düsseldorf weniger als halb so groß wie im ländlichen Raum des Münsterlandes. Allgemein gilt: Die Unterschiede der Fertilität zwischen den Regionen für einen bestimmten Frauenjahrgang sind wesentlich größer als die Unterschiede zwischen den Frauenjahrgängen in einer bestimmten Region.

Junge Frauen und Männer orientieren sich bei ihrer biografischen Zukunftsplanung an unterschiedlichen Leitvorstellungen.

Sie zeigen sich zum Beispiel in unterschiedlichen Antworten auf die Frage, in welcher zeitlichen Folge typische Lebenslaufphasen wie die Eheschließung, die Aufnahme einer Berufstätigkeit, die Gründung eines Haushalts, die Geburt eines Kindes und eine berufliche Ausbildung im Lebenslauf aufeinander folgen sollten. Aus den fünf beispielhaft genannten Etappen lassen sich insgesamt 120 verschiedene Reihenfolgen (biografische Sequenzen) bilden. Auf die Frage, wie eine junge Frau ihren Lebenslauf am besten planen sollte, wurden bei der überwiegenden Mehrheit die Etappen „Eheschließung“ und „Kind“ als letzte hinter „Berufsausbildung“, „Berufstätigkeit“ und „Gründung eines eigenen Haushalts“ genannt. Als verzichtbare Elemente im Lebenslauf gaben 70 Prozent der Befragten die Elemente „Kind“, „Heirat“ oder beides an. Dabei wird die Ehe von wesentlich mehr Frauen als von Männern als verzichtbar angesehen. Umgekehrt halten wesentlich mehr Männer als Frauen ein Kind für entbehrlich.

So wie die Vorstellungen über den Lebenslauf differierten auch die tatsächlichen Strukturen der Lebensläufe stark zwischen den Regionstypen, wobei Dienstleistungszentren wie Düsseldorf und Hannover, altindustrialisierte Städte wie Bochum und Gelsenkirchen sowie ländliche Gemeinden im Westmünsterland und in Ostfriesland unterschieden wurden. In jeder dieser verschiedenen regionalen Lebenswelten differieren die Lebensläufe der Frauen und Männer zusätzlich auch stark zwischen den Geburtsjahrgängen. Dabei ist wichtig, ob der betreffende Jahrgang beim Beginn seiner beruflichen Laufbahn auf einen Arbeitsmarkt mit Vollbeschäftigung traf (Beispiel: Jahrgang 1950, im Alter 20 herrschte im Jahr 1970 in Deutschland Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenquote von 0,8 Prozent). Der nur fünf Jahre jüngere Jahrgang 1955 traf im Alter von 20, also im Jahr 1975, auf einen Arbeitsmarkt mit einer vier- bis fünffach höheren Arbeitslosenquote.

Deutsche Familienförderung – viel input, wenig output?

[...] Beim Geldausgeben für Familien gehören die Deutschen zur Spitze, sie liegen auf Platz drei hinter Luxemburg und Dänemark. 153 familienpolitische Maßnahmen listet der Bericht des Familienministeriums auf, sie summieren sich auf 189 Milliarden Euro im Jahr. [...] Der größte Posten ist mit rund 38,8 Milliarden das Kindergeld. Knapp zwanzig Milliarden kostet das Ehegattensplitting, das große Steuervorteile für Familien bietet, in denen nur ein Ehepartner berufstätig ist. [...] Ein Drittel der Splittingvorteile geht an kinderlose Ehepaare und an solche, deren Nachwuchs nicht mehr im Haushalt lebt. [...]

Da, wo Geld nötig wäre, kommt viel zu wenig an. In großen Flächenstaaten, wie Nordrhein-Westfalen, gibt es gerade einmal für 15 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz – obwohl laut DIW 90 Prozent aller Kleinkind-Mütter in Ostdeutschland und mehr als 80 Prozent im Westen betonen, dass sie gern berufstätig wären. [...] Es fängt schon

mit der Frage an, wer genau zu einer Familie gehört – und ob die klassische Kleinfamilie überhaupt als Maßstab taugt. [...]

Die Frage, wer mit wem heutzutage wie viele Kinder bekommt, scheint viele Menschen zu beschäftigen – aber ist all das eher Privatsache oder doch eine öffentliche Angelegenheit? Die deutsche Familienpolitik ranke an einem merkwürdigen Widerspruch, sagt die Berliner Politikwissenschaftlerin Barbara Riedmüller: Der Staat habe sich lange aus der Frage heraushalten wollen, wie Familien leben. Aber gerade dadurch habe er sehr prägend gewirkt. [...] Dafür nennt die Wissenschaftlerin einleuchtende Gründe: erstens die Bevölkerungspolitik der Nazis, zu der man in der Nachkriegszeit den größtmöglichen Abstand herstellen wollte. Zweitens wuchs der Wunsch westdeutscher Nachkriegspolitiker, sich von der DDR und ihrem Postulat der berufstätigen „Frau im Sozialismus“ abzuheben.

Das praktische Ergebnis war eine Förderung der Hausfrauenehe. Für viele

Frauen, geprägt durch harte Aufbaujahre in zerbombten Städten, klang genau das sogar nach einem Freiheitsversprechen. „Meine Frau muss nicht arbeiten“: Diesen Satz sagten Männer in den Wirtschaftswunderjahren mit anderem Stolz als Dänen oder Franzosen, gerade weil das zuvor eben nicht selbstverständlich war. So entstanden das Ehegattensplitting und eine soziale Sicherung für Ehefrauen, die an die Berufstätigkeit des Ehemanns gekoppelt war. [...]

Die Hausfrauenehe [...] wird seltener, und der Sozialstaat hat darauf reagiert. [...] Inzwischen hat er für fast jedes Elternpaar eine maßgeschneiderte Unterstützung parat: für besonders Arme und besonders Wohlhabende, für Eltern, die ihr Kind in die Kita geben, und für Eltern, die ihr Kind selbst betreuen. Für Eltern, die Häuser bauen, gibt es einen Kinderzuschlag bei der Eigenheimförderung, für Eltern, die nicht mal die Miete bezahlen können und Wohngeld beziehen, gibt es das neue Bildungs-

Die Analyse der Ablaufmuster der Lebensläufe ergab, dass die schulische und berufliche Ausbildung und die Erwerbstätigkeit gemeinsam mit den regionalen und konjunkturellen Bedingungen die Lebenslaufplanung und die tatsächliche biografische Festlegung durch die Bindung an einen Partner (mit oder ohne formale Eheschließung) und die Entscheidung für bzw. gegen ein Kind am stärksten beeinflussen. Die Zahl der Biografien, die mit einer Familiengründung beginnen, ist extrem gering: In Gemeinden des Regionstyps 1 (Düsseldorf und Hannover) gab es bei den untersuchten Geburtsjahrgängen 1950 und 1955 bis zum Zeitpunkt der Untersuchung (1986) keine einzige Frau, bei deren Lebenslauf sich nach der allgemein bildenden Schule eine Familienphase anschloss, in Region 2 (Bochum und Gelsenkirchen) war dies bei nur sieben der 286 untersuchten Lebensläufe der Fall und in der Region 3 (ländliche Gemeinden Ahaus, Verden, Gronau, Leer) waren es nur zwei von 140 Lebensläufen. Im Überblick für die Frauen des Jahrgangs 1950:

- 85,6 Prozent der Lebensläufe starteten mit einer Berufsausbildung,
- 13 Prozent nahmen zuerst eine Erwerbstätigkeit auf und
- 1,4 Prozent begannen mit einer Familienphase.

Diese Eröffnungsentscheidungen bestimmen den Verlauf der späteren Biografie besonders nachhaltig (Theorie langfristiger Festlegungen im Lebenslauf). Die tatsächliche Geburtenrate der einzelnen Frauenjahrgänge ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von drei Gruppen von Ursachen:

Die erste Ursachengruppe besteht aus den langfristigen, als Ergebnis des Zivilisationsprozesses entstandenen Faktoren der biografischen Entscheidungslogik, die alle Jahrgänge betreffen. Sie lassen sich in der These zusammenfassen, dass langfristige biografische Festlegungen in einer ständigen Veränderungen

unterworfenen modernen Wirtschaftsgesellschaft zunehmende Risiken bergen. Auf ihnen beruht der langfristige Trend zur Abnahme der Fertilität in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Begleitphänomene dieses Abnahmetrends sind die Auflösung traditioneller kultureller Werte und Normen, der Wertpluralismus und der Individualismus sowie die abnehmende Verbindlichkeit gesellschaftlicher biografischer Leitbilder bei gleichzeitig zunehmender biografischer Wahlfreiheit. Der Lebenslauf ist nicht länger ein sozial vorgegebenes Entwicklungsmuster, dem der Einzelne gerecht zu werden versucht, sondern er wird zu einem persönlichen Projekt, für dessen Erfolg oder Misserfolg jede Person selbst verantwortlich ist.

Die zweite Ursachengruppe enthält Faktoren, die sich auf bestimmte Gruppen von Geburtsjahrgängen besonders stark auswirken, zum Beispiel die Bildungsreformen in den 1970er Jahren, die Frauenbewegung, die von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängigen Arbeitsmarkt- und Berufsperspektiven, vor allem am Beginn der Berufskarrieren, und das Inkrafttreten neuer Maßnahmen der Familienpolitik (zum Beispiel Erziehungsgeld, Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der Frauen und Elterngeld).

Die dritte Ursachengruppe umfasst die Auswirkungen bestimmter historischer Ereignisse, zum Beispiel die mit dem Beginn des Fertilitätsrückgangs zusammenfallenden Bismarckschen Sozialreformen am Ende des 19. Jahrhunderts (Einführung der kollektiven Renten-, Kranken- und Unfallversicherung), die Einführung der modernen empfängnisverhütenden Mittel („Antibabypille“) zwischen 1965 und 1975 sowie die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Ostblocks bzw. die Wiedervereinigung mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, durch die die Geburtenzahl in den neuen Bundesländern im Zeitraum 1989 bis 1991 vorübergehend um die Hälfte abnahm.

paket. Eltern, die von schlecht bezahlten Putzjobs leben, erhalten als Geringverdiener einen „Kinderzuschlag“. Eltern, die sich Au-pairs und Babysitter leisten, können diese von der Steuer absetzen. Es soll Hilfe geben für Eltern, die das warme Mittagessen in der Schule nicht bezahlen können – und es gibt schon Steuervorteile für Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken. Auch auf die hohe Scheidungsrate hat der Staat reagiert: Er fördert nach wie vor die Ehe, steht aber auch im Trennungsfall bereit. Es gibt einen Abschlag für Alleinerziehende bei der Steuer und einen Zuschlag bei Hartz IV. [...]

Es ist umstritten, welche Rolle staatliche Hilfen überhaupt bei der Familienplanung junger Menschen spielen können. Ganz sicher ist aber, dass die Wirkung größer ist, wenn die Bürger diese Angebote überblicken und verstehen. [...]

Elisabeth Niejahr, „Mit der großen Gießkanne“, in: Die Zeit Nr. 7 vom 10. Februar 2011

